

Artikel vom 28.07.2019

Diskussion über rot-grüne Verkehrspläne

Keine Parkplätze mehr und noch mehr Stau?



Unter dem Titel „Keine Parkplätze mehr und noch mehr Stau?“ lädt die CSU Berg am Laim alle Bürgerinnen und Bürger am Montag, 5. August 2019 um 19 Uhr zur öffentlichen Diskussion in das Schneider Bräuhaus, Baumkirchner Straße 5 ein.

Anlass ist der Beschluss der rot-grünen Mehrheit im Berg am Laimer Bezirksausschuss, auf der Berg-am-Laim-Straße und der Kreillerstraße jeweils eine Richtungsfahrsspur zu entfernen und die Parkplätze auf ein Minimum zu reduzieren. Damit würden insgesamt bis zu 440 Parkplätze entfallen und die Kapazität der Straße auf die Hälfte reduziert werden.

„SPD und Grüne wollen mit ihrem Beschluss Berg am Laim und die umliegenden Stadtteile unter dem Deckmantel des Anwohnerschutzes blindlings ins Verkehrschaos stürzen“, kritisiert der CSU-Ortsvorsitzende Fabian Ewald die Pläne scharf.

„Selbstverständlich befürworten wir die Ziele, Lärm und Abgase in Berg am Laim zu reduzieren und die Fahrradinfrastruktur auszubauen.“, erläutert Ewald, der zugleich Fraktionssprecher der CSU im Bezirksausschuss ist und von seiner Partei als Stadtratskandidat für die Kommunalwahl 2020 aufgestellt wurde. „Die Pläne von SPD und Grünen bewirken aber das Gegenteil: Einen noch längeren Stau in Richtung Mittlerer Ring, massive Verkehrsverdrängung und tausende Kilometer Parksuchverkehr in Nebenstraßen. Darunter leidet ganz Berg am Laim. Auch alle gemeinsamen Anstrengungen der

letzten Jahre, Radstrecken parallel zu den Hauptstraßen, etwa über den Gleispark Baumkirchen und die ehemalige Bundesmonopolverwaltung Branntwein bis zum Ostbahnhof zu schaffen, werden leichtsinnig über Bord geworfen.“

Über Jahrzehnte habe es Rot-Grün im Stadtrat versäumt, die öffentlichen Verkehrsmittel leistungsfähig auszubauen und für das rapide Wachstum der Stadt fit zu machen, so die CSU. *„Aber erst müssen bequeme, günstige und vor allem zeitsparende Alternativen geschaffen werden, damit die Menschen, die täglich auf Mobilität angewiesen sind, freiwillig auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen. Undurchdachte Verbote nach dem Motto „Sie dürfen nicht mehr Auto fahren!“ á la SPD und Grüne schaden nicht nur den anliegenden Geschäften, allen Pendlern, Senioren und beispielsweise Sozialdiensten, sondern bringen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nur mehr Lärm, Stau und Abgase vor ihrer Haustür!“*, urteilt Ewald.